

## **Resolution zum Antikriegstag am 1. September 2024**

### **Für Frieden, Diplomatie und Menschlichkeit – Gegen Krieg, Militarisierung und Doppelmoral**

Anlässlich des Antikriegstags am 1. September 2024 bekräftigen wir als Landesausschuss der Partei Die Linke Rheinland-Pfalz unser klares Bekenntnis zu Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung. In einer Zeit, in der weltweit kriegerische Auseinandersetzungen wieder zunehmen und die Gefahr von Eskalationen wächst, sehen wir es als unsere Pflicht, unmissverständlich Stellung zu beziehen.

#### **1. Diplomatie vor Krieg – Aufruf zur Vernunft**

Krieg und Gewalt dürfen niemals als Lösung für politische Konflikte betrachtet werden. Diplomatie ist immer der richtige Weg, um Konflikte zu lösen und Frieden zu schaffen. Wir rufen alle Seiten dazu auf, Vernunft walten zu lassen und sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Nur durch Dialog und gegenseitiges Verständnis können dauerhafte Friedenslösungen erreicht werden

#### **2. Verurteilung von Doppelmoral und Kriegsverbrechen**

Ein kriegerisches Verhalten, das zivile Opfer in Kauf nimmt oder sogar gezielt herbeiführt, ist verachtenswert und durch nichts zu rechtfertigen – unabhängig davon, welche Kriegspartei es begeht. Alle Kriegsverbrechen müssen gleichermaßen geahndet und verurteilt werden. Wir fordern eine unbedingte und unparteiische Aufklärung und die Verurteilung der Täter\*innen.

**3. Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht!** Seit 2011 ist sie ausgesetzt. Das war ein Fortschritt. Wir werden mit allen Mitteln gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht kämpfen! Da sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt hat, dass die Bundeswehr bei ihren Einsätzen Kapitalinteressen verteidigt, nicht aber Menschenleben und Demokratie.

#### **4. Bedingungslose Aufnahme von Deserteur\*innen**

In einer Zeit, in der Menschen gezwungen werden, gegen ihre Überzeugungen an Kriegen teilzunehmen, ist es unsere moralische Pflicht, Deserteur\*innen Schutz zu bieten. Wir fordern die bedingungslose Aufnahme und Gewährung von Asyl für alle, die sich dem Kriegsdienst verweigern und aus diesen Gründen ihr Heimatland verlassen müssen. Eine Auslieferung, Abschiebung oder einen indirekten Ausreisezwang für jegliche Kriegsdienstpflichtige lehnen wir ab.

#### **5. Keine Aufrüstung der Bundeswehr!**

Statt Milliardeninvestitionen in Rüstung und Militär in Deutschland fordern wir die Finanzierung von bezahlbaren Wohnungen, ein gutes Gesundheitssystem für alle und einen sozialen Klimaschutz, der Menschen mit wenig Geld unter die Arme greift, anstatt sie ärmer zu machen.

#### **6. Waffenlieferungen heizen Konflikte weiter an**

Die Lieferung von Waffen in Krisengebiete verschärft Konflikte und führt zu einer weiteren Eskalation der Gewalt. Statt Konflikte zu lösen, verlängern und verschlimmern Waffenlieferungen das Leid der Menschen in den betroffenen Regionen. Wir sprechen uns entschieden gegen jegliche Waffenexporte aus und fordern ein sofortiges Ende dieser gefährlichen Praxis. Gewinne aus jeglichen bereits genehmigten Waffenexporten seit Beginn des russischen Angriffskrieges sollten durch eine Übergewinnsteuer gänzlich eingezogen werden. Perspektivisch stehen wir für eine Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie und ihre Konversion in zivile Betriebe.

Auch wenn wir den Fall der Selbstverteidigung im Völkerrecht anerkennen, müssen diplomatische Lösungen immer Vorrang vor militärischen haben.

### **7. Atomwaffenverbotsvertrag (ICAN) unterzeichnen!**

Weltweit befinden sich noch immer etwa 13.000 Atomwaffen im Besitz der Staaten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Auch fast 80 Jahre nach den Abwürfen der Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki hat die Menschheit eine Ächtung von Atomwaffen durchgesetzt. Das Gegenteil ist der Fall. In Deutschland (Büchel RLP) werden die stationierten US-amerikanischen Atomwaffen stattdessen modernisiert und ausgeweitet. Deutschland muss wie viele andere Länder den Atomwaffenverbotsvertrag (ICAN) unterzeichnen!

### **8. Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland**

Die Ankündigung Deutschlands und der USA, ab 2026 wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, lehnen wir entschieden ab. Eine Stationierung würde bedeuten, dass Deutschland gleichzeitig Ausgangs- als auch Zielort für Angriffe, womöglich auch nukleare Angriffe, werden würde. Besonders in Hinblick auf die Spannungen zwischen NATO und Russland trägt diese Entscheidung alles andere als zur Deeskalation bei.

Die geplante Stationierung wäre das erste Mal seit dem Ende des Kalten Krieges, dass US-Waffensysteme in Deutschland stationiert sind, die auch Russland erreichen können. Der Abzug der atomaren Mittelstreckenraketen aus Deutschland Ende der 1980er Jahre war ein großer Erfolg für die Friedensbewegung. Die gefährliche Eskalations- und Aufrüstungsspirale muss gestoppt werden!

### **9. Beendigung völkerrechtswidriger Aktivitäten auf rheinland-pfälzischem Boden**

Die Steuerung von Drohnenangriffen über die US-Militärbasis in Ramstein ist ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Wir fordern die sofortige Beendigung dieser Praxis und setzen uns für eine umfassende Überprüfung und Einstellung aller militärischen Operationen ein, die von rheinland-pfälzischem Boden aus gegen internationales Recht verstoßen.

### **10. Entmilitarisierung Rheinland-Pfalz – Zukunft durch Konversion**

Rheinland-Pfalz ist stark von militärischen Einrichtungen geprägt, insbesondere durch die Präsenz der US-Armee. Wir fordern eine schrittweise Entmilitarisierung unseres Bundeslandes und die Entwicklung von Konversionskonzepten, um die Arbeitsplätze, die durch die Schließung von Militärbasen gefährdet wären, in zivile, nachhaltige und zukunftsfähige Arbeitsplätze umzuwandeln. Die Umwandlung der US-Army-Bases in zivile Betriebe ist ein wichtiger Schritt, um Frieden und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

### **Fazit: Für eine friedliche und gerechte Welt!**

Als Partei Die Linke Rheinland-Pfalz stehen wir für eine Welt, in der Konflikte durch Diplomatie und nicht durch Waffen gelöst werden. Wir fordern eine Politik, die den Menschen dient und nicht den Kriegsprofiteuren. Lasst uns am Antikriegstag ein starkes Zeichen für Frieden, Menschlichkeit und Gerechtigkeit setzen.

### **Frieden schaffen ohne Waffen!**